Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

154 (5.7.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. V. 3370.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 154 | **Freitag, den 5. Juli 1935** | **107. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Ueber den Besuch des polnischen Außenministers in Berlin wird ein Kommunique ausgegeben, nach dem sich in der Aussprache mit dem Führer und Reichskanzler weitgehende Uebereinstimmung der Anschauungen ergeben haben.

*

Der polnische Außenminister, Oberst Beck, sprach sich vor den Vertretern der Presse über den Besuch in Berlin aus, nachdem er zuvor am Ehrenmal der deutschen Gefallenen in feierlichem Akt einen Kranz niedergelegt hatte.

*

Um den Austausch der Flottenbauprogramme schweben zwischen Paris, London und Berlin diplomatische Verhandlungen.

*

Die Aufhebung der Habsburger-Gesetze bedeutet in Wien eine Sensation.

*

In Berlin ist der frühere Erzherzog Leopold von Oesterreich gestorben, der 1902 aus dem österreichischen Kaiserhaus ausschied und als Leopold Wölfling das zurückgezogene Leben eines Privatgelehrten führte.

Reichswettkampf der NSKK

DNB **Berlin,** 5. Juli. Der „Völkische Beobachter" meldet: Korpsführer Hühnlein hat folgenden Tagesbefehl an das NSKK. erlassen:

Der Führer hat am 4. Juli 1935 folgenden Befehl an das NSKK. erlassen:

„Der von mir mit Befehl vom 22. Juni 1935 für die SA angeordnete Reichswettkampf gelangt in gleicher Weise auch für das nationalsozialistische Kraftfahrkorps zur Durchführung.

Für den siegenden Motorsturm jeder Motorgruppe oder -brigade stifte ich einen Ehrenpreis.

Nähere Ausführungsbestimmungen, insbesondere über eine Ergänzung der Bedingungen vom 22. Juni durch motorsportliche Prüfungen erläßt der Führer des NSKK.

Der Oberste SA-Führer gez. Adolf Hitler."

Das nationalsozialistische Kraftfahrkorps ist stolz und dankbar für die ihm gestellte Aufgabe und wird seine Ehre dareinsetzen, sie mit ganze Kraft zu erfüllen.

Nähere Ausführungsbedingungen über die zusätzlichen motorsportlichen Prüfungen folgen in den nächsten Tagen.

Der Führer des NSKK. gez. Hühnlein, Korpsführer.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen

Berlin, 4. Juli. Die am Donnerstag in Paris begonnenen deutsch-französischen Besprechungen werden nur einen sehr begrenzten Gegenstand zum Inhalt haben. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß nur drei deutsche Herren in Paris weilen. Geregelt wird der Warenverkehr im Rahmen der laufenden Liquidationsperiode.

Dabei ist auf folgendes hinzuweisen: Das deutsch-französische Verrechnungsabkommen ist am 30. Juni abgelaufen. Das Warenabkommen ist von Frankreich seinerzeit zum 30. Juni gekündigt worden. Dann sind in Berlin Verhandlungen geführt worden, die auf neuer Grundlage eine längere Dauer des Zahlungsverkehrs zum Ziele hatten. Diese Besprechungen sind seinerzeit bekanntlich zu keinem Ergebnis gelangt. Infolgedessen ist beschlossen worden, beide Abkommen bis zum 15. Juli zu verlängern und dann die Liquidierung des Verrechnungsabkommens eintreten zu lassen. Für die Liquidierung dieses Abkommens, d. h. also für die Abtragung der am 15. Juli vorhandenen Warenschulden und noch nicht abgedeckten Warenforderungen sowie Finanzverpflichtungen, war schon früher vorgesehen worden, daß von dem Erlös der deutschen Ausfuhr nach Frankreich 70 Prozent für die Abtragung dieser Rückstände in Anspruch genommen werden sollten und 30 v. H. für die französische Einfuhr nach Deutschland bleiben. Auf dem Gebiete des Warenverkehrs fehlten indessen Vereinbarungen. Hier ist zu regeln einmal die Frage, welche Waren im Rahmen der 30 v. H. nach Deutschland hereinkommen sollen. Die Auswahl dieser Waren ist unser Recht und richtet sich nach den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft. Weiter ist noch nicht geregelt die Frage der Zölle. Diese neu zu vereinbarenden Ergänzungen im Rahmen der Liquidierungsperiode werde voraussichtlich für einen Zeitraum von sechs oder mehr Monaten Geltung haben.

Ob später Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich auf breiter Grundlage geführt werden können, hängt davon ab, ob Frankreich uns Vorschläge macht, die wir annehmen können.

Das Sejmwahlgesetz vom polnischen Senat endgültig angenommen

DNB. **Warschau,** 4. Juli. Der Senat, der am Donnerstag die Beratungen der neuen Wahlgesetze begann, nahm mit 64 gegen 24 Stimmen das Gesetz über die Sejmwahlen endgültig an. Gleichzeitig wurden alle Abänderungsanträge der Oppositionsparteien abgelehnt. Auch das Senatswahlgesetz und das Präsidentenwahlgesetz werden voraussichtlich im Senat unverändert angenommen werden.

Der polnische Besuch

Amtliches Kommunique

Berlin, 4. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Der zweitägige Besuch des polnischen Außenministers in Berlin hat Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache des Führers und Reichskanzlers und der deutschen Reichsregierung mit Herrn Beck gegeben. In dieser Aussprache, die in freimütiger Weise geführt wurde, sind die speziell Deutschland und Polen interessierten Fragen und auch die Probleme der allgemeinen europäischen Politik zur Erörterung gekommen. Es ergab sich eine weitgehende Uebereinstimmung der Anschauungen.

Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß die deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar 1934 sich in jeder Hinsicht voll bewährt hat und zwar nicht nur im Verhältnis der beiden Staaten zueinander, sondern auch als konstruktives Element bei der Sicherung des Friedens in Europa. Herr Beck betonte in diesem Zusammenhang, daß die Erklärung des Führers und Reichskanzlers über Polen in seiner Rede vom 21. Mai, insbesondere sein Wunsch nach Dauerhaftigkeit des deutsch-polnischen Abkommens in Polen starken Widerhall gefunden habe, und daß auch polnischerseits der aufrichtige Wunsch nach immer größerer Vertiefung der freundschaftlich-nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland besteht.

Die beiden Regierungen werden entsprechend der benachbarten Lage der beiden Völker auch in Zukunft in enger Fühlung bleiben und alle ihre Kräfte dem Werke des europäischen Friedens widmen.

*

Polens Außenminister am Ehrenmal

Berlin, 4. Juli. Zu Ehren des polnischen Außenministers Oberst Beck, gab am Donnerstag mittag der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, ein Frühstück, an dem auch der Führer und Reichskanzler teilnahm. Der Führer erwiderte damit den Besuch, den ihm Oberst Beck Mittwoch abgestattet hatte.

Das Ehrenmal Unter den Linden war Donnerstag mittag der Schauplatz einer feierlichen und eindrucksvollen Gefallenenehrung durch den polnischen Außenminister, Oberst Beck. Der Minister fuhr, u. a. begleitet von Botschafter Lipski, seinem Kabinettschef, Grafen Lubienski und Legationssekretär Frijdrych, gegen 11.30 Uhr am Ehrenmal vor. Zu seinem Empfang hatten sich eingefunden Reichskriegsminister, Generaloberst von Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres, General der Artillerie, Freiherr von Fritsch, der kommandierende General des 3. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis 3 von Witzleben, sowie der Stadtkommandant von Berlin, Generalleutnant Schaumburg. Oberst Beck schritt mit den Herren der Deutschen Wehrmacht zunächst unter den Klängen des Präsentiermarsches die Front der Ehrenkompagnien des Wachtregimentes ab. Inzwischen war ein prachtvoller, riesiger Kranz mit weißen und roten Nelken und Schleifen in den polnischen Nationalfarben ins Innere des Ehrenmals getragen worden. Oberst Beck verweilte mit den Herren seiner Begleitung und den deutschen Herren einige Augenblicke in stillem Gedenken an dieser eindrucksvollen Weihestätte für die Gefallenen des Krieges. Anschließend erfolgte ein Vorbeimarsch der Ehrenkompagnie. Eine vielhundertköpfige Menge umsäumte in dichten Ketten den vor dem Ehrenmal freigehaltenen Platz und grüßte den abfahrenden Außenminister Polens nach dieser Ehrung der deutschen Gefallenen mit erhobener Hand.

*

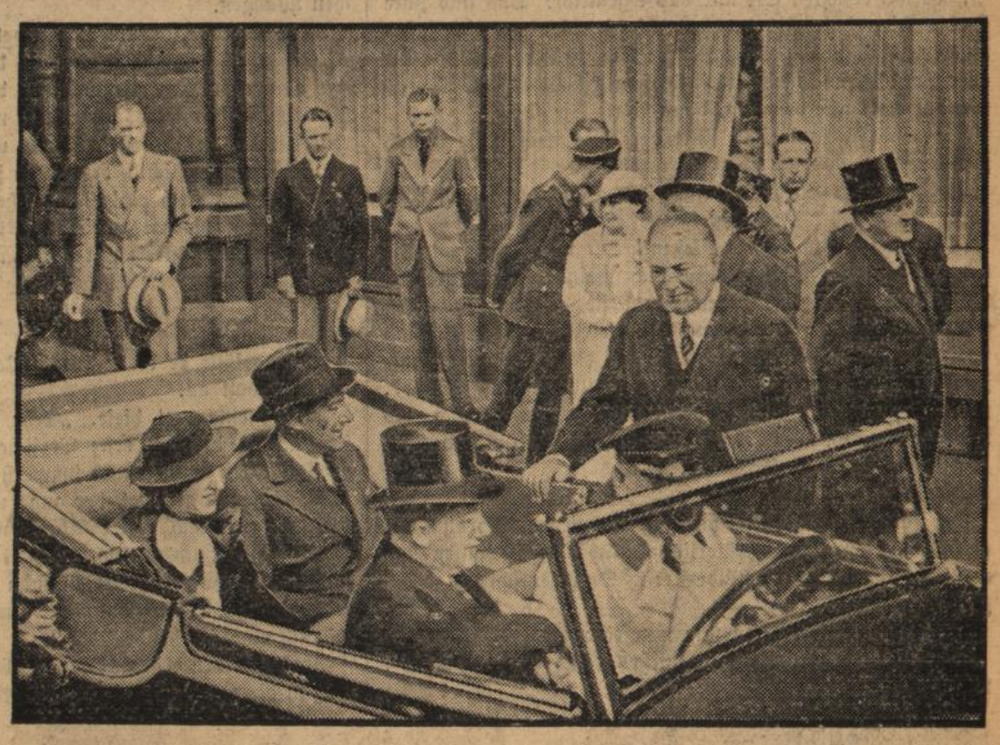
Oberst Beck über seinen Berliner Besuch
vor den Pressevertretern

Berlin, 4. Juli. Der polnische Außenminister Beck empfing am Donnerstag in der polnischen Botschaft die Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse. „Wir sind uns alle vollauf bewußt, daß ohne ein verständnisvolles Zusammenwirken auf dem Gebiete der öffentlichen Meinungsbildung schwerlich die durchaus positiven Resultate zu erreichen wären, die in den letzten zwei Jahren zwischen Polen und Deutschland erzielt worden sind. Zu diesem Zwecke haben wir seinerzeit besondere Vereinbarungen zwischen unseren beiden Ländern geschlossen. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß wir seit dem Abschluß der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar 1934 auf dem Wege des gegenseitigen Sichkennenlernens und Verstehens ein großes Stück zurückgelegt haben. Was mich anbelangt, so lege ich großen Wert auf die gegenseitige persönliche Fühlungnahme der Pressevertreter unserer Länder." Der Minister dankte den deutschen Pressevertretern für das, was bis jetzt getan worden sei.

„Es war für mich", fuhr er fort, „eine besondere Freude, der schon vor längerer Zeit ergangenen Einladung der deutschen Reichsregierung folgen zu können. Leider wurde der frühere Termin meiner Reise durch unsere Nationaltrauer hinausgeschoben. Die überaus herzliche Anteilnahme, die der Herr Reichskanzler und mit ihm das ganze deutsche Volk in diesen schweren Tagen uns erwiesen, ist in Polen tief empfunden worden. Ich hatte gestern Gelegenheit, dem Herrn Reichskanzler im Namen des Herrn polnischen Staatspräsidenten hierfür persönlich danken zu können.

Mein gestriger langer und eingehender Meinungsaustausch mit dem Herrn Reichskanzler erstreckte sich sowohl auf die deutsch-polnischen Beziehungen als auch auf die allgemeinen politischen, beide Regierungen interessierenden Fragen. Diese Unterredung, die ich auch mit den zuständigen Reichsministern ergänzt habe, wird sicherlich ein positiver Beitrag auf dem Wege sein, den die beiden Regierungen durch die Erklärung vom 26. Januar 1934 beschritten haben. Der Rückblick auf unsere gegenseitigen Beziehungen seit Abschluß dieser Erklärung ergibt, daß die Auswirkungen dieser Vereinbarung nicht nur zur positiven Gestaltung unserer Beziehungen beigetragen haben, sondern darüber hinaus auch ein ganz wesentlicher Faktor zur Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens im allgemeinen sind.

In dieser Hinsicht dürfte man annehmen, daß selbst diejenigen, die unseren Abmachungen kritisch gegenüberstanden, auf Grund der allgemeinen Entwicklung sich doch davon überzeugt haben dürften, daß der zufolge der Erklärung vom 26. Januar 1934 geschaffene Zustand als ein bedeutender Bestandteil des allgemeine Friedenswerkes von Europa gewürdigt und als sol-



Polens Außenminister in Berlin

Der polnische Außenminister Oberst Beck traf — einer Einladung der Reichsregierung folgend — am Mittwoch in Berlin ein, wo wir ihn bei der Abfahrt vom Bahnhof zur polnischen Botschaft zeigen. Der Minister und seine Gattin sitzen im Fond des Wagens, vorn der polnische Botschafter in Berlin, Lipski. Am Wagenschlag steht Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, rechts dahinter Staatssekretär Dr. Meißner.

(Weltbild, M.)

cher nicht mit Kritik, sondern vielmehr mit Dankbarkeit entgegengenommen werden muß."

Zum Schluß bat der Minister noch, der deutschen öffentlichen Meinung zum Ausdruck zu bringen, wie angenehm seine Frau und er den herzlichen Empfang in Berlin empfunden hätten. Er betonte auch noch seine Freude, seinem Ministerkollegen Freiherrn von Neurath sowie Ministerpräsidenten Göring und Reichsminister Dr. Göbbels, „die beide in Polen keine Unbekannten sind", in Berlin begegnet zu sein, und wünschte der deutschen Presse eine erfolgreiche Arbeit im Sinne einer weiteren gegenseitigen Annäherung des deutschen und des polnischen Volkes.

*

Minister Beck bei Ministerpräsident Göring in der Schorfheide.

DNB. **Berlin,** 4. Juli. Zum Anschluß an das Donnerstag mittag in der polnischen Botschaft gegebene Frühstück folgten Exzellenz Außenminister Beck mit Gemahlin und Tochter, der polnische Botschafter in Berlin, Exzellenz Lipski, und die Begleitung des Ministers einer Einladung des Ministerpräsidenten General Göring und seiner Gattin in die Schorfheide. Unter Führung General Görings besichtigten die polnischen Gäste die Wildgehege um Hubertus-Karinhall, an dem von deutscher Seite u. a. Reichs- u. Staatsminister Kerrl, Botschafter von Ribbentrop, der deutsche Botschafter in Warschau, Graf Moltke, Staatssekretär Körner und Generalforstmeister von Keudell teilnahmen, begaben sich die Gäste zum Anhalter Bahnhof, um 22,40 Uhr Berlin mit dem Ziel Bad Reichenhall zu verlassen.

55 Milliarden Mark Sozialversicherung

Gesamtbilanz des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes

Berlin, 4. Juli. Der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Schäffer, gibt, wie das NdZ. meldet, im „Zentralblatt für Reichsversicherung und Reichsversorgung" bei Würdigung der hohen staatspolitischen Bedeutung der Sozialversicherung zum ersten Male eine Gesamtbilanz der Leistungen der einzelnen Zweige der deutschen Sozialversicherung seit ihrem Bestehen. Darnach haben alle Versicherungszweige zusammen (mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung) von Beginn an bis 1934 Leistungen von 55 643,4 Millionen RM. aufzuweisen. Im Einzelnen wandte die Deutsche Unfallversicherung von 1885 bis 1934 rund 7,66 Milliarden RM. auf, davon über 742 Millionen für Heilbehandlung und 6,5 Milliarden für Renten. Die Deutsche Invalidenversicherung gab von 1891 bis 1934 mehr als 17,8 Milliarden RM aus, davon 15,26 Milliarden für Renten und 1,2 Milliarden für Heilverfahren. Die deutsche Angestelltenversicherung hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens, nämlich von 1913 bis 1934 zusammen 1748,4 Mill. RM. aufgewendet, davon rund 1,11 Milliarden für Renten. Die Krankenversicherung gab von 1885 bis 1934 mehr als 26 Milliarden für ihre Ausgaben auf, wovon über 24,8 Milliarden auf Kranken- und Wochenhilfe entfielen. Dazu kommen noch die Leistungen der Reichsknappschaftspensionskasse mit 1,7 Milliarden von 1924 bis 1934 im Arbeiterzweige, 313,4 Millionen in der gleichen Zeit im Angestelltenzweige.

Präsident Dr. Schäffer bemerkte u. a. noch, der gegenwärtige Gesamtjahresetat unserer Sozialversicherung würde mit rund 3,5 Milliarden RM. balancieren In der Verwaltung der gesamten Sozialversicherung würden rund 60 000 Personen beschäftigt. Der Schöpfer des 2. deutschen Reiches, Bismarck, habe mit Schaffung der Deutschen Sozialversicherung intuitiv Sinn und Geist des 3. Deutschen Reiches vorausgeahnt. Die Sozialversicherung beruhe auf dem urdeutschen Genossenschaftsgedanken.

Konferenz der lettländischen Gesandten

Riga, 4. Juli. Die Konferenz aller lettländischen Gesandten, die in Riga begonnen hatte, und einer eingehenden Prüfung der außenpolitischen Lage gewidmet war wurde mit einer Ansprache des Ministerpräsidenten und Außenministers Dr. Ulmanis abgeschlossen. Dr. Ulmanis erklärte hierbei, daß die tiefgehende Umgestaltung des lettländischen Staatslebens, die am 15. Mai 1934 ihren Anfang genommen habe, auch der Außenpolitik Lettlands zur Stetigkeit verholfen und damit gleichzeitig den Außenvertretern ihre Arbeit erleichtert habe.

Der italienisch-abessinische Streit

vor dem englischen Kabinett

London, 4. Juli. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Sitzung des Kabinetts in der die drohende Gefahr eines italienisch-abessinischen Krieges mit all seinen Folgen den Hauptgegenstand der Erörterungen gebildet haben soll. Allgemein wird berichtet, daß die nächste Bemühung der Regierung dahin gehen werde, sich mit Frankreich ins Benehmen zu setzen. Allerdings wird bezweifelt, daß Frankreich bereit sein werde, sich in Gegensatz zu Italien zu setzen, besonders nachdem der Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens und andere Dinge so große Erbitterung in Paris hervorgerufen hätten. Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost" schreibt, der Gedanke, daß England den Völkerbund im Falle einer Fortdauer des italienisch-abessinischen Streites zu einem Wirtschaftskrieg gegen Italien auffordern solle, habe in internationalen Kreisen Erstaunen hervorgerufen. Amtlich werde bestritten, daß ein derartiger Beschluß bisher gefaßt worden sei. Die britische Regierung werde Frankreich jetzt fragen, ob es den Völkerbund bei dem Widerstand gegen Italien unterstützen werde. Die französische Antwort werde voraussichtlich eine glatte Weigerung sein.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" führt u. a. aus die britische Regierung habe wegen des Kurses, den der Völkerbundsrat in der abessinischen Frage befolgen solle, einen neuen Meinungsaustausch mit Paris in die Wege geleitet. In seiner Sitzung habe das Kabinett sich mit einer kurzen Betrachtung der äußert verwickelten Lage begnügen müssen. Es werde alles daran gesetzt werden, um vor der außenpolitischen Unterhaus-Debatte am nächsten Donnerstag endgültige Beschlüsse zustande zu bringen. Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail" erklärt, in Regierungskreisen werde die Lage als sehr ernst betrachtet. Infolgedessen würden weitere Beratungen zwischen den Ministern stattfinden, bevor das Kabinett eine endgültige Entscheidung treffe.

„News Chronicle" hört, das Kabinett sei einstimmig der Meinung gewesen, daß die Autorität des Völkerbundes im italienisch-abessinischen Streit aufrechterhalten werden müsse. Endgültige Beschlüsse hinsichtlich der Schritte, die im Falle eines italienischen Einmarsches in Abessinien getan werden sollten, seien nicht gefaßt worden. Der Gedanke, daß im äußersten Notfalle kollektive wirtschaftliche Sanktionen einem Versagen des Völkerbundes vorzuziehen wären, habe einige Unterstützung im Kabinett gefunden doch seien die Minister in diesem Punkt keineswegs einer Meinung.

*

Paris gegen die englische Aktion

Paris, 4. Jui. Im Mittelpunkt der Presse-Erörterungen steht gegenwärtig der Beschluß der englichen Regierung. Frankreich für eine Aktion zur Beilegung des italienisch-abessinischen Streitfalles zu gewinnen Die Unterredung Lavals mit dem englischen Botschafter galt in erster Linie dieser Frage. Die Blätter bleiben anscheinend entsprechend einer Weisung des Außenministeriums sehr zurückhaltend. Man hält den Engländern vor, daß sie im Falle Abessinien jetzt den Völkerbundspakt anwenden möchten, dessen Geist und Inhalt sie selbst, wenn es um ihre eigenen Belange gehe, nicht gerade pfleglich behandelten. Wenn England jetzt Frankreich für die Anwendung der Völkerbundsbestimmungen gegen Italien zu gewinnen suche, sei zunächst eine Klärung der gesamten Atmosphäre notwendig. So gewinnt man den deutlichen Eindruck, daß man England im Ungewissen lassen möchte, um es zur Stellungnahme in anderen Fragen zu zwingen. Das gibt übrigens die außenpolitische Mitarbeiterin des „Oeuvre" eindeutig zu verstehen. Sie umreißt die Lage wie folgt: England will zunächst um jeden Preis die abessinische Frage regeln. Da dies ohne Frankreich nicht möglich ist, würde London wohl geneigt sein die Bedingungen in Erwägung zu ziehen, die wir an unsere Vermittlung knüpfen müßten, sogar die Bedingung, daß England sich verpflichte, an den Abschluß eines Luftpaktes mit Deutschland nur zu denken, wenn damit der Abschluß des Ost- und des Donaupaktes verbunden wird. Sollten die Verhandlungen zwischen Paris und London zu keiner befriedigenden Lösung führen, dann würde England erneut nachdenken und vielleicht sogar drohen, Frankreich die volle Verantwortung für den italienisch-abessinischen Krieg aufzuhalsen. England denkt bereits jetzt an die Folgen, die ein solcher Schritt auf die gesamte europäische Lage haben könnte. Glücklicherweise enthalten die Archive des Völkerbundes den Schriftwechsel zwischen der englischen und italienischen Regierung um die Jahreswende 1925/26, wonach England Italien einen Vorschlag über die Aufteilung Abessiniens gemacht hat. Bekanntlich brachte eine Beschwerde des Negus beim Völkerbund die Weiterverfolgung dieses Planes zum Stillstand. **Auf jeden Fall aber hängen gegenwärtig alle europäischen Fragen einzig und allein vom Streit um Abessinien ab,** zu dessen Regelung der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, kommende Woche in London erwartet wird. Das „Oeuvre" weist auch darauf hin, daß die englische Regierung über die französisch-italienischen Militärbesprechungen, die nur Italiens Abessinien-Pläne begünstigen könnten, aufgebracht sei.

Im „Echo de Paris" macht Pertinax ebenfalls England den Vorwurf, sich keineswegs immer an die Völkerbundsbestimmungen gehalten zu haben, für die es jetzt Frankreich im Falle Abessinien einspannen wollte. Wenn England Frankreich in die Klemme bringen wollte, wäre vielleicht die Erinnerung an jene Unterhaus-Rede angebracht, in der Sir Austen Chamberlain, von Baldwin beeinflußt, ausdrücklich dargelegt habe daß der Völkerbundspakt sich wohl nicht in aller Welt anwenden lasse.

*

Noch immer italienischer Pressesturm gegen England

DNB. **Rom,** 4. Juli. Die heftige Gegenwehr gegen die englischen Vermittlungsvorschläge in der abessinischen Frage ist noch nicht abgeklungen. Die italienische Presse sucht in ausführlichen Darlegungen die als „englisches Opfer an Italien verschleierten Angebote" als reine Interessenverfolgung Englands zu entlarven, die lediglich noch Abessinen zugute kämen. England könne vielleicht heute noch ableugnen, Waffen nach Abessinien geliefert zu haben, niemals aber könne es abstreiten, Abessinien mit allen Mitteln moralisch gestützt und ermutigt zu haben. Der Hauptstoß der heutigen italienischen Artikel richtet sich gegen die englischen Boykottpläne. Mit aller Entschiedenheit wird England das Recht zu Boykottmaßnahmen bestritten. Für die Anwendung derartiger Maßnahmen gegen Italien könne England nicht einmal den fadenscheinigsten Grund vorbringen.

„Giornale d'Italia" erklärt, es könne noch nicht glauben, daß die wirklich verantwortlichen Politiker Englands eine derartig unglaubliche Torheit wie einen Wirtschaftsboykott als Sanktion gegen ein italienisches Vorgehen zulassen würden. Wenn es trotzdem zu einem solchen Zusammenbruch der Zivilisation und zu einer Zerstörung der europäischen Einheit käme, würde Italien dieser Tatsache ruhig, fest und entschlossen ins Auge sehen, in der Gewißheit, daß es nicht selbst die verhängnisvollen Folgen zu tragen brauche. Das Blatt wirft in diesem Zusammenhang England eine unkonsequente und parteiische Haltung vor. Wenn England schon einen Boykott so warm befürworte, hätte es ihn seinerzeit gegen Japan oder im Chaco-Konflikt anwenden können.

Die „Tribuna" stellt fest, daß für Paktverletzungen und für Boykottmaßnahmen nur Abessinien in Frage kommen könne, das schon durch den ungerechtfertigten Eintritt in den Völkerbund einen satzungswidrigen Akt begangen habe.

Die Blätter verweisen im übrigen übereinstimmend auf die Tatsache, daß der Anwendung von Sanktionen ein einstimmiger Beschluß des Völkerbundsrates vorausgehen müsse. Hierbei wird allgemein damit gerechnet, daß Frankreich, von dem man annimmt, daß es seine Freundschaft für Italien nicht englischen Interessen opfern werde, sich einem derartigen Ratsbeschluß nicht anschließt.

*

Neue englische Initiative in der abessinischen Frage.

DNB. **Paris,** 4. Juli. Ministerpräsident und Außenminister Laval hatte am Donnerstag den britischen Botschafter empfangen. Wie verlautet, hat sich die Unterhaltung auf den abessinischen Streitfall bezogen. Auch in anderen Hauptstädten soll die britische Regierung am Donnerstag diplomatische Schritte in der Abessinien-Frage unternommen haben.

Das große Einmaleins

ROMAN VON HANNA PASSER

17. Fortsetzung

Holzer nickt und erwidert langsam und leise:

„Seit heute..." und er denkt daran, wie sich tief zwei Falten um Manfreds Mund gegraben haben, dem Lachen immer fremder wird. Zärtliches Mitleid wallt in ihm auf.

Lucie, die ihn beobachtet, gewahrt die Schwermut seines Blickes. Das reizt sie, mit aller Schärfe zu entgegnen:

„Warum erzählen Sie mir das eigentlich? Das sind Ihre Sachen, die mich nichts angehen und die mich auch nicht interessieren. Halten Sie es damit wie Sie wollen... Wenn Sie aber glauben, ich würde sie in diesem Häuschen von Thorns Gnaden auch nur besuchen, dann irren Sie sich."

Während sie so spricht, sinkt der Alte noch mehr in sich zusammen.

Das erschreckt Lucie, die rasch ihre Hand auf seinen Arm legt:

„Ich wollte Sie nicht verletzen! Ich weiß, wie gut Sie es meinen, aber Sie müssen auch meine Lage begreifen, müssen ihr Rechnung tragen", sagt sie beschwörend. „Ich kann nicht anders. Versuchen Sie nie mehr, dieses Thema in irgendeiner Weise anzuschneiden. Es würde doch nur zu Unstimmigkeiten führen. Und das will ich nicht. Nein... nein... Sie sollen mir erhalten bleiben, als Mensch, als treuester Freund, aber ... nichts mehr von all dem anderen."

„Liebes gnädiges Fräulein..."

„Mein guter Holzer..."

Der Alte kämpft sichtlich mit sich. Da liegen Rührung, Ergebenheit, Respekt und väterlich-zärtliches Besserwissen und -wollen miteinander im Widerstreit. Dann entschließt er sich zu fordern:

„Aber auch Sie müssen mir nun eine Bitte erfüllen."

„Wenn es geht ... und wenn es keine Erpressung ist", lächelt Lucie.

„Lassen Sie mich Ihre Rechtsinteressen dem Konkurs Sanders gegenüber vertreten."

„Wie denn?"

„Sie hatten doch einen Anstellungsvertrag, nicht wahr?"

„Das schon, aber..."

„Na also. Ich werde bei der Konkursmasse Ihre Forderung auf ein Vierteljahrsgehalt als Entschädigung anmelden."

„Ja, geht denn das?" zweifelt Lucie.

„Und ob", belehrt Holzer. „Das ist Usance so. Ich lasse das Ganze unter der Flagge der Thornkanzlei segeln, bearbeite aber die Sache selbst und ganz allein."

Der Alte wird überaus eifrig. Er sitzt jetzt wieder gerade. Es kommt Licht in seinen matten Blick, Farbe auf seine bleichen Wangen.

Lucie überlegt. Dann entscheidet sie:

„Schön! Ich werde Ihnen die Unterlagen geben, die Sie zur advokatorischen Behandlung der Sache brauchen. Sie übernehmen das alles, verrechnen mir aber, wie jedem anderen Klienten der Kanzlei, Spesen und Kosten."

„Selbstverständlich!" Holzer ist jetzt ganz Unterwürfigkeit, während man noch einige Einzelheiten bespricht.

Aber trotzdem hat Lucie auch hier — genau so wie in ihrem Wohnungsstreit mit Wanda — nur einen Scheinsieg erfochten.

IV.

„Wie gefällt er dir?" fragt Wanda und sieht Lucie erwartungsvoll an.

„Gut", entgegnet diese. „Sehr gut", setzt sie hinzu, als sie bemerkt, daß die erste Versicherung der Freundin nicht genügt. „Ein ausnehmend sympathischer Mensch, dieser Wieland; klug und gebildet, der angeregt und anregend zu plaudern weiß. Solch netter Abend wie der heutige in seiner Gesellschaft tut uns wirklich von Zeit zu Zeit not, mein Dickus."

„Nicht wahr", bemerkt Wanda äußerst befriedigt, „und sein Vorschlag, am Sonntag gemeinsam auszufliegen, ist wirklich eine glänzende Idee."

Ähnliches denkt auch Günter Wieland auf seinem Heimweg in die nahegelegene Schlüterstraße, wo er in Nummer 20 vier Treppen bei der verwitweten Frau Major Töpfer ein wenig behagliches Zimmer mit Schlafalkoven abgemietet hat.

Durch seine eigene Schuld ist sein Verkehr mit ein paar Kollegen und einigen befreundeten Familien nach und nach gänzlich eingeschlafen. Das heißt, wenn Arbeitsbesessenheit „Schuld" genannt werden kann. Denn nur sein immer wachsender ehrgeiziger Tätigkeitsdrang hat ihm schließlich keine private Zeit mehr gelassen.

Er ist allerdings der Meinung, daß er an dieser Art von Geselligkeit nicht allzu viel versäumt hat, und ihm kaum Wertvolles entgangen ist.

Aber ein Beisammensein, wie dieses hier eben mit den beiden Mädchen in der Konstanzer Straße, das will er künftig doch ab und zu als Ruhepunkt in sein Arbeitsprogramm einschalten.

So etwas braucht man aber auch einmal, sagt er sich und schickt noch einen herzlichen Gedanken in Wandas gemütliches Zimmer mit dem niedrigen runden Tisch, darauf ein Strauß leuchtender Anemonen gestanden, und daran man bei Tee, Kakes und Zigaretten gesessen hatte, über alles mögliche plaudernd, so daß diese Abendstunden wie im Fluge vergangen waren.

Man war bei diesem Plaudern gar nicht persönlich geworden. Hatte vor allem geschickt und unauffällig vermieden, über Arbeitslosigkeit, Postensuche und dergleichen zu sprechen. Das war eine Sache selbstverständlichen Taktgefühls. Denn der Zweck der Übung war ja ursprünglich der, daß er — Günter Wieland — die kleine Wanda Kleemann unterstützen wollte in ihrem Liebeswerk an der Freundin. Dieser eigentliche Grund war allerdings im Laufe des Abends bei ihm in Vergessenheit geraten.

Nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil Lucie so absolut keinen hilfsbedürftigen Eindruck machte. Wieland war frappiert von der nahezu königlichen Schönheit dieses Mädchens, ihrer stolzen, entschlossenen Haltung, der Strenge und Unberührtheit ihrer Erscheinung. Ganz tief war seine Verbeugung ausgefallen, als Wanda ihn mit ihrer Freundin bekanntmachte.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg